

BAD SAULGAU

# Schwäbische Zeitung



**Windkraft erneut auf der Tagesordnung**  
Landratsamt gibt Stellungnahme in Sitzung  
am 22. Dezember ab, Seite 15

**Als Räuber ihr Unwesen im Ried trieben**  
Das Hauptlager der Bande um den  
Schwarzen Veri war bei Spöck, Seite 20



Mo - Fr € 1,70 | Sa € 2,00

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR CHRISTLICHE KULTUR UND POLITIK

Mittwoch, 7. Dezember 2016

## BAD SAULGAU



Mittwoch, 7. Dezember 2016

Schwäbische Zeitung 15

### Inner Wheel Club hackt Plätzchen mit Kindern

BAD SAULGAU (af) - Der Weihnachtsfest Bad Saulgau ist am vierten Adventssonntag, 22. Dezember, von einer Aktion reicher. Die Frauen des Inner Wheel Clubs übernahmen heute nachmittags (16 Uhr) mit Kindern Weihnachtsplätzchen im Stadthaus Bad Saulgau.  
In der Weihnachtsfeier können Kinder von vier bis sieben Jahren Ausstellfläche backen, versieren und die Weihnachtsplätzchen selber herstellen. Zusammen mit Schürze und Kapsel und einer lehrreichen Anleitung vom Bäckereimeister Jürgen Hiltl kann tollrig gemacht werden. So lange die Plätzchen im Uhl sind, verleiht die Inner Wheel Frauen den Kindern und Jugendlichen die Würstchen. Die Eltern der Stadthaus Bad Saulgau mit der gut ausgestatteten Küche sind der ideale Platz für dieses Angebot beim Weihnachtsfest.  
Der Inner Wheel Club übernahm, der seit 14 Jahren soziale Projekte verleiht, aber auch in der

### Windkraft: Stadt händigt Unterlagen nicht aus

Verwaltung verzichtet vor November-Sitzung auf Kopien für Gemeinderat - Landratsamt gibt Stellungnahme ab

Von Dirk Thannheimer

BAD SAULGAU - Die Stadtverwaltung Bad Saulgau nimmt das Thema Windkraftanlagen auf dem Schellenberg bei der Gemeinderatssitzung am 22. Dezember erneut auf die Tagesordnung. Das Landratsamt Sigmaringen als Genehmigungsbehörde gibt eine Stellungnahme ab, ob die Argumente der Stadt Bad Saulgau begründet sind, das gemeindliche Einvernehmen nicht zu erteilen. Die Verwaltung gibt indes zu, dass sie dem Gemeinderat die Unterlagen vor der Sitzung am 24. November nicht ausgehändigt habe.  
Die Windkraftfirma Uhl aus Ellwangen will im Waldgebiet nördlich von Steinbronnen drei Windkraftanlagen bauen. Das Landratsamt hatte deshalb die Verwaltung Bad Saulgau um das gemeindliche Einvernehmen gebeten. Dieses wurde aber in der vergangenen Gemeinderatssitzung nicht erteilt, nachdem die CDU einen Antrag gestellt hatte, das Einvernehmen zu verweigern. Der Gemeinderat stimmte dem Antrag zu. "Die gemeindliche Planungshoheit vermittelt eine wehrfähige Rechtsposition gegen fremde Fachplanungen, wenn das Vorhaben



Grückeren und der Gemeinderat mit.  
In Ende dieser Woche will das Landratsamt geprüft haben, ob planungsrechtliche Gründe vorliegen, das Einvernehmen nicht zu erteilen. Wenn keine Gründe vorliegen, würde es zu einer Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens durch das Landratsamt kommen.

**Kommentar**

Von Dirk Thannheimer 

**Alles muss auf den Tisch!**

Grücker Uelting und Bittendor

## Windkraft: Stadt händigt Unterlagen nicht aus

Verwaltung verzichtet vor November-Sitzung auf Kopien für Gemeinderat - Landratsamt gibt Stellungnahme ab

Von Dirk Thannheimer 7. Dezember 2016

Das Thema Windkraft kommt bei der Bad Saulgauer Gemeinderatssitzung am 22. Dezember erneut auf die Tagesordnung. Das Landratsamt wird eine Stellungnahme abgeben.

Bad Saulgau - Die Stadtverwaltung Bad Saulgau nimmt das Thema Windkraftanlagen auf dem Schellenberg bei der Gemeinderatssitzung am 22. Dezember erneut auf die Tagesordnung. Das Landratsamt Sigmaringen als Genehmigungsbehörde gibt eine Stellungnahme ab, ob die Argumente der Stadt Bad Saulgau begründet sind, das gemeindliche Einvernehmen nicht zu erteilen. Die Verwaltung gibt indes zu, dass sie dem Gemeinderat die Unterlagen vor der Sitzung am 24. November nicht ausgehändigt habe.

Die Windkraftfirma Uhl aus Ellwangen will im Waldgebiet nördlich von Steinbronnen drei Windkraftanlagen bauen. Das Landratsamt hatte deshalb die Verwaltung Bad Saulgau um das gemeindliche Einvernehmen gebeten. Dieses wurde aber in der vergangenen Gemeinderatssitzung nicht erteilt, nachdem die CDU einen Antrag gestellt hatte, das Einvernehmen zu verweigern. Der Gemeinderat stimmte dem Antrag zu. "Die gemeindliche Planungshoheit vermittelt eine wehrfähige Rechtsposition gegen fremde Fachplanungen, wenn das Vorhaben

nachhaltig eine bestimmte Planung der Gemeinde stört oder wegen seiner Großräumigkeit wesentliche Teile des Gemeindegebiets beeinträchtigt", sagte Klaus Nerlich von der CDU.

Die CDU-Fraktion kritisierte das Landratsamt, weil der Verwaltung offenbar wichtige Unterlagen, wie Untersuchungen zum Lärmschutz, zum Naturschutz und zum Schattenwurf, nicht vorgelegt wurden. Dem widersprach das Landratsamt. "Der Stadt Bad Saulgau liegen alle wichtigen Unterlagen vor", sagte einen Tag nach der Sitzung am 24. November der stellvertretende Pressesprecher des Landratsamtes, Tobias Kolbeck.

#### Fehlende Relevanz

Bad Saulgaus Bürgermeisterin Doris Schröter bestätigte auf Anfrage der SZ in einer schriftlichen Stellungnahme, dass die Unterlagen seit 3. November - und damit vor Sitzung - bei der Stadt einsehbar seien. "Wir haben die Unterlagen angesichts des Umfangs und der aus Sicht der Verwaltung fehlenden Relevanz für die fachlichen Prüfungen und planungsrechtlicher Bedeutung nicht in Kopie ausgehändigt", so Schröter.

Die von den Windkraftanlagen betroffenen Ortschaftsräte aus Steinbronnen, Renhardsweiler, Bierstetten und Braunenweiler hätten vor ihren Beratungen von ihrem Recht Gebrauch gemacht, Einsicht in die Unterlagen zu nehmen.

Nach der vergangenen Gemeinderatssitzung, in der das Einvernehmen verweigert wurde, gab es eine Nachbesprechung zwischen der Verwaltung und dem Landratsamt. Bei diesem Gespräch wurde geklärt, dass der Gemeinderat zwar das Recht habe, alle Unterlagen einzusehen, um daraus gegebenenfalls Konflikte zu eruieren. "Eine Bewertung von Umweltfragen, Lärm oder Naturschutz entziehe sich jedoch seiner Kompetenz. "Das ist Sache der Fachbehörden", ergänzt Schröter. Das Landratsamt wurde dennoch darum gebeten, von der Firma Uhl eine CD-Version der Unterlagen erstellen zu lassen, die die Fraktionen zur Vorbereitung auf die nächste Gemeinderatssitzung erhalten sollen.

Die Verwaltung teilte wenige Tage nach der Sitzung dem Landratsamt die Inhalte der Gemeinderatsdiskussion sowie die Anträge der Ortschaften und des Gemeinderats mit.

Bis Ende dieser Woche will das Landratsamt geprüft haben, ob planungsrechtliche Gründe vorliegen, das Einvernehmen nicht zu erteilen. Wenn keine Gründe vorliegen, könne es zu einer Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens durch das Landratsamt kommen.

#### **Kommentar: Alles muss auf den Tisch!**

Von Dirk Thannheimer 7. Dezember 2016



Großer Umfang und fehlende Relevanz: Diese beiden Gründe nennt Doris Schröter, warum darauf verzichtet wurde, dem Gemeinderat rechtzeitig vor der Sitzung im November die Unterlagen zukommen zu lassen. Es wäre der Verwaltung kein Zacken aus der Krone gebrochen, wenn sie dem Gemeinderat die notwendigen Unterlagen zur Verfügung gestellt hätte - auch wenn sie mit einem großen Zeitaufwand verbunden und wahrscheinlich auch schwer verständlich gewesen wären.

Noch schlimmer ist aber, dass sowohl für den Gemeinderat als auch für die vielen Zuhörer bei der Sitzung am 24. November der Eindruck entstand, dass der Verwaltung die wichtigen Unterlagen gar nicht vorliegen würden. Der Verdacht fiel dadurch zu Unrecht auf das Landratsamt. Und die Stadt bringt sich somit in eine von ihr verschuldete Erklärungsnot.

[d.thannheimer@schwaebische.de](mailto:d.thannheimer@schwaebische.de)